

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

27.7.1925 (No. 171)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8518

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Kuntz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinfachung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigebestellung, wovon weder die Verteilung und Konfuzverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewährung übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Bestellen zur Karlsruher Zeitung: Zentralbandverleger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Umsatzsteuer für die freien Berufe

Der Reichsminister der Finanzen hat am 1. Januar d. J. ab von der Umsatzsteuer befreit Privatgelehrte, Künstler und Schriftsteller, sofern die steuerpflichtigen Umsätze im Kalenderjahr den Betrag von 1500 M. nicht übersteigen. In einer Notiz, die in den letzten Tagen diesen Gegenstand in der Presse erschien, war gesagt, daß auch Rechtsanwälte und Ärzte in gleichem Umfang wie Privatgelehrte, Künstler und Schriftsteller von der Umsatzsteuer befreit seien. Das ist nicht richtig. Rechtsanwälte und Ärzte sind eine derartige Steuerbefreiung nicht zugestanden worden.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Der Arbeitsmarkt zeigte am 22. Juli als Stichtag im ganzen keine wesentliche Veränderung gegenüber dem letzten Stichtag, dem 15. Juli. Die Erwerbsloseniffer ging unerheblich zurück, das Verhältnis der Zahl der Arbeitsuchenden zu derjenigen der offenen Stellen blieb fast gleich. Zur Zeit kommen auf 100 offene Stellen 516 Arbeitsuchende.

In den einzelnen Berufsgruppen gestaltete sich die Lage folgendermaßen:

Die Landwirtschaft hatte infolge der bevorstehenden Erntearbeit vermehrten Bedarf an Arbeitskräften. Er konnte nicht überall befriedigt werden. Verlangt waren ganz besonders ledige Knechte.

In der Metall- und Maschinenindustrie war örtliche Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften zu beobachten, die Nachfrage nach Hilfsarbeitern in der Metallindustrie des Bodenseegebiets blieb bestehen. Auch die Automobilindustrie zeigte sich weiterhin aufnahmefähig. Ingegnen kam es im Lokomotivbau zu (weiteren) Entlassungen. Die Lage in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie ist immer noch ungeklärt; inzwischen unternommene Eingangsversuche konnten eine Beendigung des Arbeitskampfes noch nicht herbeiführen.

In der Textilindustrie blieb verschiedentlich der erhebliche Mangel an jüngeren weiblichen Arbeitskräften bestehen.

In der Kartonagenfabrikation des Rastatter Bezirks bestand die Nachfrage nach Arbeiterinnen immer noch fort.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe konnte eine gewisse Besserung der Nachfrage nach Möbelschreibern festgestellt werden, Bauzeichner wurden wenig verlangt. In der unterbadischen Wärfenindustrie war der Geschäftsgang im großen und ganzen gut.

In die Mannheimer Tabakindustrie konnten Arbeiterinnen vermittelt werden und in Rastatt bestand Bedarf an Wickelmachern und Zigarrenmachern. Im übrigen ist aber die Lage der Tabakindustrie im allgemeinen trotzdem als schlecht anzusehen, im Heidelberger Bezirk kam es zu weiteren Werksbeurlaubungen.

Im Baugewerbe ist eine Veränderung im Arbeitskampf nicht eingetreten, neue zentrale Verhandlungen sind z. Bt. wieder im Gang.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften im Dienstleistungsgewerbe ist immer noch beträchtlich.

Die Stichwahlen in Frankreich

Am Sonntag fanden in 199 französischen Kantonen die Stichwahlen für die Generalräte statt. Nach der Sabasagentur stellt sich unter Hinzuziehung der Wahlergebnisse des ersten Wahlganges das Resultat für 1495 Sitze wie folgt:

- Konservative und Liberale 120 (plus 14, minus 27),
- Linksrepublikaner 239 (plus 32, minus 80),
- Rechtsstehende Radikale oder radikale Dissidenten 147 (plus 42, minus 36),
- Radikale (Serriot) 513 (plus 113, minus 42),
- Sozialistisch-Republikaner 63 (plus 18, minus 15),
- Sozialisten 144 (plus 61, minus 9),
- Kommunisten 6 (plus 3, minus 18).

Das Ergebnis wird von den führenden Blättern des Links-Links wie folgt beurteilt:

Das „Ouvrier“ schreibt, der zweite Wahlgang habe in steigendem Maße den Erfolg bestätigt, den die linksstehenden Parteien im ersten Wahlgang davongetragen hatten. Das sei das letzte Mal — zweimal für die Kommunalwahlen, zweimal für die Radikale und zweimal für die Kantonalwahlen —, daß die Volksabstimmung den gleichen Sinn bedeute, wie bei den Wahlen im Mai 1924. Der Wille des Landes sei also bekannt. Der Nationale Bloch könne dem Ergebnis der letzten Wahl nichts entgegenstellen. — „Ere Nouvelle“ schreibt: Die republikanische Disziplin ist überall in die Erscheinung getreten und fast überall hat das Kartell der Linken in den Stichwahlen gesiegt. Diesmal ist die Reaktion erdrückt worden, ohne daß jemand das Recht hat, hierüber zu diskutieren.

Die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie im Lichte der Sozialhygiene

Unter obigem Titel ist vor kurzem von Professor Dr. med. Holzmann, Bad. Oberregierungsrat und Landesgewerbeberater in Karlsruhe, als Beilage zum Jahresbericht des badischen Gewerbeaufsichtsamts 1923/24 (Karlsruhe i. V. Macklot'sche Druckerei 1925) eine kleine Schrift erschienen, welche die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie einer hygienischen Betrachtung unterzieht und eine wertvolle Ergänzung zu den im Jahre 1901 von dem früheren bad. Fabrikinspektor Dr. Fuchs veröffentlichten Berichten über die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter bildet.

Die Stadt Pforzheim stellt mit ihrer Umgebung ein in sich geschlossenes Wirtschaftsgebiet dar, dessen Schwerpunkt in der Schmuckwarenindustrie liegt. Die Arbeit von Holzmann stützt sich auf die Berichte der allgemeinen Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Pforzheim, welche mit Ausnahme der Betriebskrankenkasse der Uhrkettenfabrik Kollmar u. Jourdan A.-G. mit rund 2000 Arbeitern die gesamte städtische und ländliche Arbeiterchaft des Bezirks mit rund 38 000 Köpfen umfaßt. Die Schmuckwarenindustrie macht hier von über 60 Prozent der Mitglieder der Ortskrankenkassen aus.

Der Schmuckwarenindustrie gehören über 12 000 Firmen an, welche die verschiedenartigsten Gegenstände herstellen (Ketten, Ringe, Medaillons, Grays, Uhrgehäuse, Gold-, Silber-, Platin-, Double- und Alpackwaren). Auch Hilfsgegenstände kommen in Betracht, die nur gewisse Arbeiten vornehmen (aus Metallbändern immer wiederkehrende Teile, Fassungskörper, Ringe ausspannen) sowie Werkstätten der Presser, Metalldrücker, Zulierer, Emailleure, Graveure, Schleifer, Sieher, Goldfärber usw.). Es sind Großbetriebe mit 2000 Arbeitern, die möglichst alle Arbeiten selbst ausführen, in allen Abstufungen bis zu Zwerghetrieben mit 2 und 3 Arbeitern vorhanden, die keinen eigenen Verkauf haben, sondern nur gewisse Arbeiten wie Pressen, Zulieren, Emaillieren für andere Firmen besorgen.

Die Schrift enthält dann Angaben über die Hygiene der Fabrikräume, die im allgemeinen nicht ungünstig ist, die Beleuchtung der Arbeitsräume, die Verteilung der Schmuckwarenarbeiter auf die verschiedenen Betriebsgrößklassen, Wohnungsverhältnisse und Wohnort sowie Altersaufbau der Arbeiterchaft, ferner über Heimarbeit, Löhne und Arbeitszeiten.

Im April 1924 wurden insgesamt 16 181 Arbeiter und 15 020 Arbeiterinnen beschäftigt, die Zahl der letzteren hat sich erheblich vermehrt; mehr als zwei Drittel von ihnen sind verheiratet oder verwitwet. Ebenso hoch wie bei den Frauen ist der Prozentatz der Verheirateten bei den Männern.

Die Wohnungsverhältnisse lassen vielfach zu wünschen übrig. Als besondere Mängel wurden festgestellt: ungenügend ausgetrocknete, schlecht durchlüftbare und zu niedrige Räume, Einzimmerwohnungen, gemeinsame Bettbenutzung durch mehrere Erwachsene usw. Am häufigsten, bei 27 Prozent der untersuchten Wohnungen, lag Überfüllung vor. Die Luftverschlechterung überfüllter Wohnungen vermehrt sich durch die Heimarbeit und das damit verbundene Brennen der Röhrenflamme. Die Krankenkasse hat schon vor dem Kriege im Verein mit der Landesversicherungsanstalt den Bau von Eigenheimen ihrer Versicherten unterstützt. Auch die Stadt Pforzheim ist bestrebt, in Verbindung mit zwei gemeinnützigen Baugesellschaften der Wohnungsnot zu steuern, konnte aber bisher bei dem großen Bedürfnis und den beschränkten Mitteln nur langsam vorwärts kommen.

Nicht unerheblich ist die Zahl der Heimarbeiter, welche auf 1000—1200 geschätzt werden und die gleichen Tariflöhne erhalten wie in der Fabrik.

Löhne und Arbeitszeiten sind durch Tarif geregelt. Nach der im Februar 1925 getroffenen Regelung erhielten gelernte Arbeiter über 25 Jahre 60 Pfennig Stundenlohn, angelernte 55 und ungelernete 49, gelernte Arbeiterinnen 44, angelernte 40 und ungelernete 34 Pfennig, für die jüngeren Arbeiter sind die Löhne entsprechend niedriger. Die Akkordlöhne sind jeweils um 5—6 Pfennig höher. Die Akkordarbeit kommt aber nur

für etwa 1/4 bis 1/2 der gelernten Arbeiterchaft (Goldschmiede, Kettenmacher) in Betracht, welche damit 5—25 Prozent über den Stundenlohn verdienen. Die Arbeitszeit beträgt seit 1. Juni 1924 8 Stunden. Überarbeit wird bis zu 51 Stunden mit 5 Prozent, bis zu 54 Stunden mit 20 Prozent und darüber mit 40 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit sogar mit 80 Prozent Lohnzuschlag vergütet. Urlaub wird nach einjähriger Beschäftigung für 3 Werkstage gewährt, er steigt nach der Zahl der Arbeitsjahre bis auf 9 Werkstage.

Was den Wohnort der Arbeiter anbetrifft, so ist bemerkenswert, daß etwa die Hälfte derselben von auswärts stammt. Sie verteilen sich auf über 100 Ortschaften und haben oft Wege außer der Bahnfahrt von einviertel bis fünfviertel Stunden bis an die nächste Station zurückzulegen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den Gesundheitsverhältnissen, insbesondere der Ausbreitung der Lungentuberkulose gewidmet und der Frage, inwieweit berufliche Schädigung hierbei eine Rolle spielt. Während die Erkrankungsziffern an Syngentuberkulose beim weiblichen Geschlecht bedeutend höher sind als bei den Männern, ist bei der Sterblichkeitsziffer diese Verschiedenheit nicht zu beobachten. Die städt. Arbeiter sind weniger gefährdet als die ländlichen, die Sterblichkeitsstatistik dagegen läßt ein Überwiegen der städt. Arbeiter erkennen. Eine Auszählung der Krankenscheine nach der Berufstätigkeit hat ergeben, daß die Beschäftigung in der Schmuckwarenindustrie als solcher nicht gesundheitsgefährdend wirkt und die Gesundheitsverhältnisse der übrigen Arbeiterchaft sich nicht wesentlich von denen der Goldarbeiter unterscheiden.

Groß ist die Zahl der Frauenleiden, die sehr oft mit Fehlgeburten zusammenhängen. Ein ursächlicher Zusammenhang mit der Art der Arbeit wird jedoch seitens der Frauenärzte ebenfalls verneint, ist auch nicht wahrscheinlich. Geschlechtskrankheiten kommen nach Aussage der Ärzte jetzt häufiger vor als in der Vorkriegszeit. Statistisch sind dieselben aber schwer zu erfassen, da die Erkrankungen oft unter anderen Namen (bei Frauen häufig unter der Bezeichnung „Frauenleiden“) ohne nähere Angabe der Ursache in die Krankenscheine eingetragen werden.

Das Ergebnis seiner lehrreichen Untersuchung faßt Holzmann am Schluß der Darstellung, wie folgt, zusammen: „Es kommen in der Schmuckwarenindustrie eine Anzahl der spezifischen Gewerbetraufheiten vor, wie Gewerbegebrechen (Hautleiden bei Frauen), Überanstrengung einzelner Muskelgruppen, Weleinwirkung, sie bleiben aber in ihrer Zahl nach ohne Einfluß auf den Gesundheitszustand der Arbeiterchaft.“

Der Gesundheitszustand im ganzen ist nicht gerade günstig, namentlich übertrifft die Erkrankung und Sterblichkeit an Tuberkulose die Zahlen anderer Landesteile. Bei der männlichen Arbeiterchaft treten Gesundheitschäden weit weniger zutage als bei der weiblichen. Aber auch hier ist der schädigende Einfluß nicht in der Art der Beschäftigung, die keine besonderen Gesundheitsgefahren aufweist, begründet. Ungünstig wirken die langen Wege zur Arbeitsstelle, unregelmäßige Ernährung, Verbindung von Berufsarbeit mit den Pflichten der Mutterchaft und den Pflichten im Haushalt.

Die gediegene Arbeit verdient Anerkennung und in weiteren sozialpolitischen Kreisen Beachtung.

Dr. C. H. L. e. r. Freiburg, i. Br.

Vorschüsse und Beschaffungsdarlehen an Ausgewiesene

Die Reichsregierung erließ besondere Richtlinien für die Niederzahlung der den Ausgewiesenen aus Reichsmitteln gewährten und noch nicht im Entschädigungsverfahren abgedeckten oder zurückgezählten Vorschüsse und Beschaffungsdarlehen. Hiernach kann von der Wiedereinführung der Schuld ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn hierdurch die wirtschaftliche Existenz des Schuldners gefährdet oder er in schwere wirtschaftliche Not geraten würde. Anträge sind bis spätestens 31. 8. von den ehemals ausgewiesenen Reichs- und Landesbeamten und den ihnen nach den Entschädigungsrichtlinien gleichgestellten Personen bei ihrer vorgesetzten Dienstbehörde, von Kommunalbeamten bei der für sie zuständigen Fürsorgestelle, bzw. von den übrigen Ausgewiesenen bei der örtlich zuständigen Fürsorgestelle des roten Kreuzes zu stellen. Zur Antragsbegründung ist ein Formblatt zu benutzen, das bei den Anmeldestellen anzufordern ist.

Deutscher Reichstag

1899 Berlin, 25. Juli.

Eröffnung der Sitzung um 1 Uhr nachmittags. Die Novelle zur Verordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch wird zunächst ohne Debatte an den volkswirtschaftlichen Ausschuss zurückverwiesen.

Dann kommt

die Novelle zum Wehrmachtsversorgungsgesetz

zur zweiten Beratung. Im Ausschuss ist das Gesetz dahin geändert worden, daß die Inhaber des Zivildienstschweines Anwartschaft haben sollen auf Anstellung als Beamte oder Angestellte im Privatdienstvertrag bei den Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und bei sonstigen öffentlichen Körperschaften. Den Militäranwärtern sollen höchsten 60% der zu besetzenden Stellen vorbehalten werden.

Abg. Brüninghaus (D.) bezeichnet eine geregelte Versorgung der Zivildienstwärter als eine Lebensfrage des Reiches. Es sei zu begrüßen, daß die vorliegende Novelle jetzt Ordnung in die in letzter Zeit ganz verfahrenen Zustände auf diesem Gebiete bringen wolle. Der Ausschuss habe ausreichende Kanteln geschaffen, um zu verhindern, daß durch die Zivildienstwärter Privatangestellte brotlos gemacht werden. Die Regierungspartei würde selbst einen Antrag einbringen, wonach die Krankenkassen nach wie vor von der Verpflichtung zur Einstellung von Zivildienstwärtern entbunden seien. Die sonst brachliegenden Kräfte von 12-16 000 Militäranwärtern müßten der Gesamtheit nutzbar gemacht werden.

Abg. Pöschel (Soz.) betont, es sei unmöglich, alle entlassenen Reichswehrangehörigen als Beamte und Angestellte in öffentlichen Diensten unterzubringen. Sie müßten in größerer Zahl der freien Wirtschaft zugeführt werden. In den Berufsschulen der Reichswehr werde dazu gute Vorarbeit geleistet. Das Reich, die Länder- und Gemeinden hätten jetzt schon die Möglichkeit, die bisher nicht untergebrachten Militäranwärter zu wirklichen Beamten zu machen. Darum sei es nicht notwendig, ihnen einen Anspruch auf Angestelltenposten zu geben, zumal die Stellenlosigkeit unter den Angestellten jetzt sehr groß sei. Die Sozialdemokratische Fraktion beantragt die Einführung der Bestimmung: Angestellte dürfen nicht entlassen werden, um ihre Stellen mit Versorgungsanwärtern zu besetzen.

Abg. Häbel (N.) sieht in der Vorlage einen politischen Zweck der Regierung und der Regierungsparteien.

Abg. Schuldt (D.) betont die Notwendigkeit, den Reichswehrangehörigen eine sichere Aussicht auf Versorgung nach dem Ablauf ihrer Dienstzeit zu eröffnen. Der Antrag, daß Angestellte nicht entlassen werden dürfen, um ihre Stellen mit Versorgungsanwärtern zu besetzen, könne die bedenkliche Wirkung haben, daß ein aus sachlichen Gründen entlassener Angestellter zum Einspruch berechtigt sei, wenn später seine Stelle durch einen Versorgungsanwärter besetzt werde. Die demokratische Fraktion werde dem Gesetz zustimmen.

Abg. Dietrich-Franke (Völk.) erklärt kurz die Zustimmung seiner Freunde zu dieser Vorlage.

Damit schließt die Aussprache. Einstimmig wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, wonach die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung durch das Gesetz nicht berührt werden, daß also die Krankenkassen zur Einstellung von Militäranwärtern nicht verpflichtet sind. Im übrigen wird die Vorlage in der Ausschlußfassung in der 2. und 3. Lesung angenommen.

Darauf wird die erste Beratung des Uniformgesetzes fortgesetzt.

Abg. Dr. Paas (D.) ist grundsätzlich mit der Vorlage einverstanden, es müsse aber dafür gesorgt werden, daß die Uniform nicht getragen werde bei Veranstaltungen, die sich gegen den Staat, gegen die deutsche Republik richten. Die demokratische Fraktion behalte sich ihre endgültige Stellungnahme bis zu den Ausschlußverhandlungen vor. (Beifall links).

Abg. Säger (Soz.) betont, daß auch die Sozialdemokratie immer anerkannt habe, daß die Offizierskorps und vor allem im aktiven Offizierskorps in den schweren Jahren des Weltkrieges manche Beispiele größter und reiflicher Pflichterfüllung zu verzeichnen sind. Wenn die Uniform ein Symbol der Staatsautorität ist, dann kann die alte Uniform doch nur noch ein Symbol des verfallenen Kaiserreiches sein. Wenn ein Anspruch auf das Tragen dieses Symbols erhoben wird, dann hätten die Herren für diesen Rechtsanspruch 1918 kämpfen sollen (lebhafter Beifall links). Abg. Graf Eulenburg sollte vorsichtiger sein mit dem Ausdruck der Verachtung gegen diejenigen, die Kritik an dem Offizierskorps üben. Nichts ist jämmerlicher, unehlicher und betverflicher als die Rede des Herrn von Kamin. Die Völkischen haben den politischen Werd immer in Deutschland getrieben und gebilligt. Darum haben sie trotz aller schönen Reden auch nichts für das deutsche Vaterland geleistet. Unsere Arbeiter im Ruhrgebiet haben bei der Abwehr des französischen Aufruhrbruchs weit mehr deutschen Patriotismus gezeigt als alle Völkischen zusammen. Wir

Exkursionen der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Wie alljährlich finden auch dieses Jahr Ende des Sommersemesters von einzelnen Abteilungen der Technischen Hochschule Exkursionen nach verschiedenen Richtungen statt. So werden von der Maschinenbauabteilung zwei Exkursionen veranstaltet, jeweils am 27. Juli beginnend, die eine nach dem Rheinland und Westfalen, die andere nach München.

Bei der ersteren, unter Leitung von Prof. Dr. Kuhn, handelt es sich um eine sechstägige Reise, wobei Köln mit seiner Jahrtausendausstellung und hervorragenden Industrien in der Umgegend, die Kruppischen Werke in Essen, die Dortmunder Union u. a., das Ziel bilden. Mit einer Besichtigung des Niederrheinlandes schließt die Exkursion ihren Abschluß. Die Exkursion nach München, deren Führung Prof. Spannath übernommen hat, wird das Deutsche Museum, die Lehranstalt sowie die Wasserkraftanlagen der mittleren Isar (Eiting, Auffkirchen und Finsing) besuchen, und auf der Rückfahrt noch die Maschinenfabrik Augsburg-Münchener in Augsburg streifen.

Eine hochinteressante Reise unternimmt das geologische Institut, die über Hamburg und Santander nach Spanien und zurück über Italien führen soll. Ihr Zweck ist das Studium der Gebirgsbildung der Pyrenäen, des spanischen Erzbergbaues und sonstiger technischer Anlagen, schließlich das Studium der Marmor von Carrara. Auch die historischen und Kunstdenkmäler beider Halbinseln sollen in den Kreis der Studien miteinbezogen werden. Die Exkursion beginnt Ende dieses Monats und steht unter Führung von Prof. Dr. Göttinger und Dr. Ahlers und dauert etwa 6 Wochen.

Die Exkursion der Bauingenieurabteilung unter Leitung der Professoren Dr. Ammann und Döppner hat bereits am 20. Juli Karlsruhe verlassen, um nach Besichtigung der alten Stadt Augsburg, die Verkehrsanstalten, die Bahnanlagen, das Deutsche Museum und die Anlagen der Stadt München sowie das Waldschneckenwerk zu besuchen. Ein Ausflug nach dem Waldfriedhof und Nymphenburg ist dabei vorgesehen. Die Studierenden des 4. Semesters beteiligen sich

können stolz sein auf das deutsche Volk, das seine Gesundheit dadurch bewiesen hat, daß die völkische Bewegung so schnell, so erbärmlich und so schmachlich zusammengebrochen ist (lebhafter Beifall links).

Abg. Kubitz (E.) erklärt, die Tatsache sei unbestreitbar, daß der politische Werd in Deutschland durch Offiziere zur Übung gebracht worden sei. Koskes Werturteil sei in seiner Zeit gefällt worden, in der die Partei gespalten gewesen ist und durch zahlreiche Werturteile über Koske konsolidiert worden (Seiterteil).

Abg. v. Raim (N.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Säger. Den Völkischen könne man keinen einzigen Fall nachweisen, daß sie einen politischen Mörder in ihren Reihen gehabt hätten. Die Sozialdemokraten hätten aber Adler nicht abgeschützt. Die Sozialdemokratie zeige nicht einmal den Befehrmuth der Revolution.

Abg. Säger (E.): Das Recht, und den Befehrmuth zu bestreiten, hat niemals eine Fraktion, an deren Spitze Lindenborff steht, der Mann, der im Hitlerprozeß sagte, er habe von den politischen Vorgängen, die sich um ihn abspielten, nichts gewußt. Wenn die Völkischen jetzt ihre Gemeinschaft mit dem Mathenau-Word ableugnen, so erinnere ich daran, daß der jetzige völkische Abgeordnete Graf Reventlow am Tage dieses Wortes rief: Unsere Gebanten sind heute bei den beiden Deutschen, die Mathenau das Leben genommen haben. (Hört, hört und Beifall links).

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage geht an den Reichsausschuss.

Es folgt die Beratung des Verichts des sozialpolitischen Ausschusses über die

Sozialversicherung im Saargebiet.

Der Ausschuss erjudt in einer Entschließung die Reichsregierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf eine Verbesserung der Lage der Rentempfänger im Saargebiet hinzuwirken.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt dazu, die Reichsregierung habe auf die Rentengestaltung im Saargebiet unmittelbar keinen Einfluß, werde aber mit der Regierungskommission des Saargebietes in Verbindung treten. Sollte diese damit einverstanden sein, die Versicherten des Saargebietes in engere Verbindung mit der jetzt wieder geordneten deutschen Sozialversicherung treten zu lassen, so sei die Reichsregierung jederzeit dazu bereit.

Am 5 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Steuererese.

Im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages

wurde am Samstag die Einzelberatung über die erste Gruppe der Agrarabfälle beschlossen. In der Abstimmung wurden alle Abänderungsanträge der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. Im allgemeinen bleibt es bei den Kompromißanträgen. Aber die Ermächtigungsanträge wurde noch nicht abgestimmt. Der Vertreter des Innenministeriums gab eine Erklärung über die Frage ab, unter welchen Vorsetzungen das Ermächtigungsgesetz verfassungsändernd sein würde. Hieran schloß sich eine längere Debatte. Am heutigen Montag wird sich der Ausschuss mit den Jollpositionen Obst, Gartengeräte und Handelsgewächshäuser beschäftigen.

Von der Volkszählung

Die vorläufige Statistik über die jüngste Volkszählung läßt auf den ersten Blick eine Anzahl interessanter Daten im Vergleich zur Zahl von 1910 in die Augen springen. Von den insgesamt rund 62 1/2 Millionen Einwohnern des Deutschen Reiches (ungerechnet das Saargebiet) entfallen allein auf Preußen über 38 Millionen. Preußen weist seit 1910 eine Zunahme um rund 3,14 Millionen auf, Bayern mit seinen 7,4 Millionen eine solche von einer halben Million, während Sachsen (4,97 Millionen) eine Zunahme von rund 165 000, Württemberg (2,6) von 170 000 und Baden (2,3) von fast 180 000 zu verzeichnen hat. Die Zahl der Deutschen Großstädte beträgt jetzt (abgesehen von Saarbrücken) 45, nachdem seit 1910 Münster i. W., Oberhausen und Ludwigshafen auch die Zahl von 100 000 Einwohnern überschritten haben. Innerhalb der Rangordnung der Großstädte sind jedoch mannigfache Verschiebungen eingetreten. So rangiert jetzt Köln (nach Berlin und Hamburg) an dritter Stelle und hat damit an Einwohnerzahl München, Leipzig und Dresden überflügelt. Eine verhältnismäßig sehr starke Zunahme haben zu verzeichnen: Essen, Düsseldorf, Hannover, Dortmund, Duisburg, Mannheim, Hamburg, während Dresden, Kiel, Darmen, Elberfeld, Wachen, Krefen, Mainz und Wiesbaden also vor allem Städte des besetzten Gebietes mehr oder weniger starken Rückgang aufweisen. Mannheim steht mit 242 236 Einwohnern an 21. Stelle unter den deutschen Großstädten und hat damit Kiel überflügelt. Karlsruhe nimmt den 32. Platz ein mit 144 700 Seelen und hat Braunschweig an Einwohnerzahl überprungen. Die Zunahme von Mannheim beträgt rund 36 000, von Karlsruhe etwa über 10 000.

in der gleichen Zeit an der Hauptvermessung in der Nähe von Furtwangen, die von Prof. Klabauer abgehalten wird.

Die Abteilung für Architektur veranstaltet eine Exkursion, die von Professor von Tuffel geleitet wird. Sie ist dem Studium des Rainbarock gewidmet; von Aachen bis Augsburg, Bamberg, Schloß Pommerfelden, Kloster Bamberg und Bierzehnhäusern. An die Exkursion schließt sich die von der Allgemeinen Abteilung veranstaltete an, die unter Führung von Prof. Wulzinger den Rhein hinunter über Königswinter nach Bonn, Köln und Aachen führen und den Wandernärdern des Rheinlandes gewidmet sein wird. Von der Möglichkeit, an beiden Exkursionen teilzunehmen, wird von einer größeren Anzahl der Studierenden der Architektur Gebrauch gemacht werden.

Schweizer Urteile über die Große Schweizer Kunstausstellung in Karlsruhe.

Die Schweizer Presse beschäftigt sich eingehend mit der Großen Ausstellung, die bis zum 30. August in der städtischen Ausstellungshalle zu Karlsruhe stattfindet. Unter anderem widmet die Baseler „Nationalzeitung“ der Ausstellung lange Betrachtungen, aus denen folgendes besonders bemerkenswert ist:

„Zugleich wurde dem Stolz Ausdruck verliehen, daß die Ausstellung so reichhaltig und repräsentativ ausgefallen sei. ... Soziale Hauptwerke zusammenzubringen und in dieser Reichhaltigkeit und Vollständigkeit ein Bild des schweizerischen Kunstschaffens zu geben, wäre auch bei uns ganz unmöglich gewesen und so wird diese Karlsruher Ausstellung für alle Zeiten ein Markstein bilden, auf dessen Bedeutung heute schon mit allem Nachdruck hingewiesen werden muß. ... Es war ein glücklicher Gedanke, auch zurückschauend neben Berlin nach andere Vertreter des vorigen Jahrhunderts ins Gesamtbild der Ausstellung einzufügen. ... Einzelne interessante Persönlichkeiten durch Sonderabinette herauszuheben

Politische Neuigkeiten

Zum Finanzausgleich

Zwischen Reich, Ländern und Gemeinden wurde am Samstag im Steuerausschuss des Reichstages in der Abstimmung ein Antrag angenommen, wonach anstelle des Papiermarktschlüssels im Kalenderjahr 1926 der festzustellende Verteilungsschlüssel ab 1. April 1926 als Goldmarktschlüssel eingeführt werden soll. Weiter wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, nach dem die Gemeinden, wenn sie im Rechnungsjahr 1926 ihren Bedarf, der aus Steuern und sonstigen Abgaben und Überschüssen der Betriebsverwaltung zu decken ist, über Gebühr anspannen, in ihrem Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer durch die Landesregierung gekürzt werden können. — Weiter wurde ein Antrag angenommen, wonach die Gemeinden, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes eine gemeindliche Getränkesteuer noch nicht erhoben haben, eine solche auch nicht einführen dürfen.

Bei den Beratungen machte der preussische Finanzminister von Hoyer-Hilff auf den Unterschied zwischen landwirtschaftlich genutzten Boden und städtischem Grundbesitz aufmerksam und sagte u. a., was das Reich jetzt wolle, sei ein Abweichen von den Grundbächen der Dritten Steuerreformordnung. Das Reich breche also in die Rechte der Länder und Gemeinden ein. Der Reichstag habe den Haushalt des Reiches weit über den Vorschlag erhöht. Dafür sollten nun die Länder aufkommen. Die Länder wollten auch den guten Willen der Reichsregierung sehen. — Staatssekretär Pöppel vom Reichsfinanzministerium erklärte, in der Begründung zur Dritten Steuerreformordnung sei gesagt, daß die vorgelegten Verteilungsverhältnisse keine endgültige Lösung darstellten. Inzwischen sei die finanzielle Lage nach der Richtung hin geklärt, denn die Reparationsverpflichtungen des Reiches hätten in Londoner Abkommen einen genaueren und grenzten Umfang bekommen. Aus dieser Klärung müßten nunmehr die Konsequenzen gezogen werden. In diesen Konsequenzen gehöre, daß das Reich ein Viertel der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer behalte.

Auf Vermittlungsvorschläge um eine Herabsetzung der Einkommensteuer u. Körperschaftsteuer durch das Reich führte Reichsfinanzminister v. Schlieffen u. a. aus, die Anteile, die die Reichsregierung in Anspruch nehme, stellen das Mindestmaß dar, bei dem ein Ausgleich des Reichshaushalts für 1926 schon in Frage stehe. Wenn der Reichstag gegen den vorgelegten Finanzausgleich Einspruch erhebe und der Reichstag die Zweidrittelmehrheit nicht aufbringe, so stände die Reichsregierung vor einem gefahrvollen Zustande und müsse ihrer Verantwortung entsprechend handeln.

Der Steuerausschuss des Reichstages führte die Beratung über die Steuererese, unter Ablehnung fast aller Abänderungsanträge, zu Ende. Die Vorlage wurde nach den Vorschlägen der Regierungsparteien und der Regierung im wesentlichen unverändert angenommen.

Vertreibung Deutscher aus Polen

Zur Vertreibung der deutschen Öptanten aus Polen erfahren Berliner Blätter: Nach dem Schiedspruch des internationalen Schiedsgerichts war es den beiden Regierungen überlassen, die Aufforderung zur Auswanderung zu erlassen oder nicht. Erst, nachdem die polnische Regierung von dem Schiedspruch rücksichtslos Gebrauch gemacht hat, hat die deutsche Regierung als Abwehrmaßnahme den polnischen Öptanten in Deutschland die Aufforderung ausgestellt, Deutschland zu verlassen. Die polnische Regierung hatte die Auswanderungsbefehle den deutschen Öptanten in Polen schon vor mehreren Monaten ausgestellt. Die Auswanderung selbst ist an bestimmte Termine gebunden. Die beschlossenen Öptanten müssen bis 1. August Polen verlassen, die in den festungsbezirkten Wohnorten folgen am 1. November. Diejenigen deutschen Öptanten mit größerem Grundbesitz folgen bis zum 1. August nächsten Jahres.

Rechtlich können beide Regierungen diejenigen Öptanten, die bis zu der festgesetzten Frist das Land nicht verlassen haben, an die Grenze bringen lassen. Sollte die polnische Regierung am 1. August dementsprechend verfahren, so würde auch die deutsche Regierung mit den gleichen Maßnahmen vorgehen. Die deutschen Behörden setzen im übrigen ihre Bemühungen fort, die polnische Regierung zu veranlassen, von der Durchführung der vorgesehenen Vertreibung Abstand zu nehmen.

Die Räumung der Stadt Essen durch die Franzosen, welche schon vor einiger Zeit begonnen hat, ist in vollem Gang. Das Justizgebäude ist bereits freigegeben worden. Das Polizeipräsidium ist von den deutschen Behörden bereits abgenommen, wenn gleich sich Franzosen in dem Gebäude befinden. Das Gebäude des Verghauischen Vereins wird voraussichtlich noch nicht geräumt werden. Größere Truppenteile mit Geschützen und sonstigem Gerät sind in den letzten Tagen aus der Stadt abgerückt. Über den Termin der endgültigen Räumung steht noch nicht fest.

und die Auswahl derselben, ist, wie die ganze vortreffliche Anlage der Ausstellung überhaupt, das besondere Verdienst des Leiters, Direktors Dr. Stord; er hat unbestritten damit eine Meisterarbeit geleistet. ... Die Schweiz, deutsch und welsch, ist an dieser Oerdschau über ihre neuere Kunst qualitativ in einem Maße vertreten, wie es bisher noch nie der Fall war. Wenn noch eine weitere Bemerkung sich aufdrängt, so ist die, daß Basel daran einen sehr großen Anteil hat.

Die Schweizer Kunstausstellung hat einen mächtigen Wiederhall im ganzen Reich sowie in der Schweiz gefunden. Allgemein wird dieser Ausstellung, um deren Zustandekommen sich der Direktor der Baslerischen Kunstschule, Dr. Stord, große Verdienste erworben hat, als eine bedeutende kulturelle Tat anerkannt. Zur Erleichterung des Besuchs für die Studierenden der deutschen und schweizerischen Hochschulen, sowie für sämtliche Schulen sind die Eintrittspreise bedeutend ermäßigt worden. Studierende und Schüler, die nicht in Begleitung eines Lehrers die Ausstellung besuchen, zahlen 50 Pfennig; bei einem Besuch von mindestens 10 Teilnehmern in Begleitung eines Lehrers ermäßigt sich der Eintrittspreis auf 30 Pfennig. Die Ausstellung ist durchgehend bis zum 30. August täglich von 9-1 und 2-6 Uhr geöffnet.

Neue Ehrendoktoren der Technischen Hochschule, Der Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe hat auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Maschinenwesen die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen: 1. Herrn Wilhelm Kleinewefers, Mitinhaber der Maschinenfabrik Pösch, Kleinewefers Söhne in Krefeld, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Entwicklung der Veredelung von Textilwaren, Papieren und Leder, insbesondere durch die Oberflächenpressung und der dazu dienenden Maschinen. 2. Herrn Gustav Schürmann, technischer Direktor der Dux Automobilmotoren A.-G. in Leipzig-Wahren, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Konstruktion und Entwicklung der Kraftwagen und ihrer Antriebsmotoren.

Die englische Bergbaukrise auf dem Höhepunkt

W.L. London, 27. Juli. Baldwin verbrachte fast den ganzen Sonntag mit den Vorbereitungen für seine heutige Wesp...

Französisch-spanische Einigung über Marokko

Paris, 27. Juli. Madrid, daß die französisch-spanischen Delegierten der Marokkokonferenz in einer Vollsitzung...

Kurze Nachrichten

Tirol beglückwünscht das Ruhrgebiet zur Räumung. Der Innsbrucker Gemeinderat beschloß, anlässlich der Räumung...

Handel und Wirtschaft

Table with 5 columns: City, 27. Juli, 28. Juli, 29. Juli, 30. Juli. Lists exchange rates for Amsterdam, Copenhagen, London, etc.

Verschiedenes

Edener über die Luftschifflinien. Anlässlich der Deutschen Verkehrsausstellung in München hielt Dr. Edener einen Vortrag über die internationalen Luftschifflinien...

Schwere Gewitter. Sonntag nachmittag entluden sich über Berlin und Umgebung eine Reihe von Gewittern mit teilweise recht erheblichen Regensmengen...

Badischer Teil

70jähriges Jubiläum der badischen Uhrmacherschule

27. Juli.

Bekanntlich ist die badische Uhrmacherschule die älteste und größte Fachschule dieser Art in Deutschland. Mit der Errichtung der Uhrmacherschule hat der badische Staat vor 75 Jahren...

In Furtwangen selbst herrschte in diesen Tagen große Feststimmung. Von Tag und Nacht sind Gäste herbeigeeilt. Ein gemütliches Beisammensein bereinigte am Donnerstagabend die bereits anwesenden Schüler...

Am Samstag wurde in Gegenwart der Regierungsvertreter, der Vertreter der Uhrmacherschule des Schwarzwaldes und der übrigen Festgäste in feierlicher Weise die dritte Industrienausstellung in der Uhrmacherschule eröffnet.

Auch die Ausstellung historischer Uhren in der Gewerbehalle ist neu geordnet. Sie dürfte wohl eine der größten Schatzkammern unserer badischen Heimat sein.

Den Glanzpunkt der Veranstaltungen bildete der Festakt, der am Sonntag vormittag in der überfüllten Festhalle vor sich ging. Die stolische Jubelorgel gab den Auftakt zur Feier.

Der badische Staatspräsident hat immer das größte Interesse gezeigt an der Schule und sei von der Bedeutung derselben jederzeit durchdrungen gewesen.

Für das Ministerium des Kultus und Unterrichts sprach Oberregierungsrat Huber. Man müsse der ersten Uhrmacherschule Deutschlands gedenken.

Als Redner des heimischen Schwarzwaldbezirks im badischen Landtag ergrieff der Abg. Duffner (Zentr.) das Wort. Er betonte, daß die Uhrmacherschule eine Pflegestätte wahrer und reiner Kunst sei.

Schließlich gedachte der Oberstadtdirektor der „Deutschen Uhrmacherschule“ der Bedeutung der Elektrotechnik auf die fortschreitende Entwicklung der Uhrindustrie.

Der 3. Wettkampf für polizeiliche Körperausbildung. Der 3. Wettkampf für polizeiliche Körperausbildung, der am Mittwoch voriger Woche begonnen hatte, fand am Samstag mittag seinen Abschluß und Höhepunkt mit einer großen polizeilichen Hauptveranstaltung auf dem schon gelegenen Böhmisch-Portplatz im Wiltpark.

wachsende Interesse, das diesen Polizeiparkämpfen in allen Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht wird — eine sehr große Zuschauermenge eingefunden, die den durchweg vorzüglichen sportlichen Darbietungen mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall folgten.

Die Wettkämpfe selbst, die an die Leistungsfähigkeit der einzelnen Teilnehmer außerordentliche Anforderungen stellten, ließen ein hohes Maß sorgfältiger Durchbildung und zäher Ausdauer erkennen. Alle Teilnehmer erledigten ihre Aufgaben mit Eifer und Hingabe, mit vorbildlicher Ruhe und Sicherheit.

An die Entscheidungskämpfe schloß sich die Verteilung der Ehrenpreise, die in sehr stattlicher Zahl vom Staatsministerium, von badischen Städten, Firmen, Verlagsanstalten, Korporationen und Einzelpersonen gestiftet waren.

Ergebnisse vom 25. Juli 1925, nachmittags. 100-Meter-Lauf: Streifenm. Haag, Karlsruhe, 11,2 Sek., Streifenm. Kufel, Heidelberg, 11,3 Sek., Notenn. Kröller, Heidelberg, Brustweite jurk, Wachtm. Seiter, Heidelberg, Pol. Mann Merg, Pol. Schule.

Speerwerfen: Streifenm. Ludwig, Kastatt, 48,81 Meter, Wachtm. Seiter, Heidelberg, 40,17 Meter, Streifenm. Haag, Mannheim, 39,71 Meter, Pol. Oberleutn. Wambert, Darmstadt (a. N.), 39,53 Meter, Pol. Wachtm. Hal, Mannheim, 39,47 Meter.

1000-Meter-Lauf: Streifenm. Klar, Klasse A, Pol. Schule, 2:43,2, Notenn. Chret, Kastatt, 2:52,1, Streifenm. Höhle, Mannheim, 2:52,9, Streifenm. Wegel, Mannheim, Streifenm. Meyer II, Freiburg, Streifenm. Wendle, Freiburg.

Weitprung: Notennmeister Jung, Karlsruhe, 6,03 Meter, Streifenm. Döbel, Mannheim, 5,80 Meter, Notenn. Giller, Forzheim, 5,62 Meter, Streifenm. Berner, Waldshut, 5,41 Meter.

5 x 100-Meter-Dienstagstaffel: Pol. Vereinf. Mannheim, Pol. Vereinf. Heidelberg, Pol. Vereinf. Freiburg. 4 x 100-Meter-Staffel: 2. Vereinf. Mannheim 46,7, 1. Vereinf. Karlsruhe 46,8.

4 x 400-Meter-Staffel: Pol. Vereinf. Heidelberg 3:41,8, Pol. Schule Karlsruhe (außer Konkurrenz) 3:46,5, Pol. Vereinf. Mannheim 3:49,2.

Dreikampf, Altersklasse: Pol. Wachtm. Hal, Mannheim, 98 Punkte, Pol. Wachtm. Wader, Mannheim, 81 Punkte, Krim. Assst. Geh, Forzheim, 77 Punkte, Wachtm. Roth, Freiburg, 71 Punkte, Pol. Wachtm. Buchheit, Karlsruhe, 61 Punkte, Pol. Wachtm. Graf 60 Punkte.

- Ergebnisse des Polizeioffizier-Mehrkampfes: 1. Polizeioberleutnant Trompeter, Karlsruhe, 2. Polizeioberleutnant Pfaltzer, Heidelberg, 3. Polizeileutnant Stolz, Freiburg, 4. Polizeioberleutnant Bahmüller, Karlsruhe, 5. Polizeioberleutnant Knobelspies, Mannheim, 6. Polizeioberleutnant Meier, Karlsruhe, 7. Polizeioberleutnant Maier, Karlsruhe, 8. Polizeileutnant Fischer, Kastatt, 9. Polizeileutnant Lange-Vermitadt, Karlsruhe, 10. Polizeioberleutnant Zimmermann, Mannheim, 11. Polizeioberleutnant Wid, Karlsruhe.

Gemeinde-Rundscha

Der Karlsruher Bürgerausschuß genehmigte am Freitag mit großer Mehrheit einen Erweiterungsbau an das städtische Kinderheim in der Schellstraße. Nach Fertigstellung des Anbaues wird Raum sein für weitere 150 Kinder.

Voranschlag von Kastatt. Der für das Rechnungsjahr 1925/1926 aufgestellte städtische Voranschlag von Kastatt schließt ab mit Ausgaben in Höhe von 1.795.490 und Einnahmen in Höhe von 1.834.880, mithin ungedeckter Aufwand 400.610 M. (Vorjahr 247.550). Dieser ungedeckte Aufwand soll auf die Steuerwerte umgelegt werden, wie folgt: Auf Grundvermögen pro 100 M. Steuerwert 72 Pfg. einschließlich 3 Pfg. Kreisumlage 100 M. Steuerwert 72 Pfg. einschließlich 3 Pfg. Kreisumlage 291.600 M., auf Betriebsvermögen 108 Pfg. einschließlich 4,5 Pfg. Kreisumlage gleich 118.400 M. Der Überschuß von 4390 M. soll für unvorhergesehene Fälle vorbehalten werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

W.B. Forzheim, 26. Juli. Auch die Arbeitgeber haben nunmehr den Schiedsspruch für die Forzheimer Schmutzwasserindustrie abgelehnt. — Mit der Ablehnung des Schiedsspruches durch beide Parteien ist ein vertraulicher Zustand geschaffen. Der Schlichter kann, da keine Partei den Schiedsspruch angenommen hat, nicht eingreifen.

D. Niederwürschadt, 25. Juli. Das neue Rheinraffinerie bei Niederwürschadt wird wie verlautet, anfangs des nächsten Jahres durch die U.-G. Motor-Kolumbus zusammen mit den Nordostschweizerischen Kraftwerken in Bau genommen.

D. Wolschlag i. R., 24. Juli. Der Bahnarbeiter Heinrich Gemmerle aus Haploch im Kinzigtal wurde gestern vom Amtsgericht Wolfach wegen fahrlässiger Tötung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte am 13. Mai, als er in der Dunkelheit ohne Licht auf der verkehrten Seite der Straße mit seinem Rade fuhr, den Obsthändler Josef Summ von Fischerbach überfahren. Dieser erlitt bei dem Sturze eine Gehirnerschütterung, welche nach 10 Tagen in eine Gehirn-eiterung überging und den Tod des Mannes zur Folge hatte.

D. Breilsch, 24. Juli. Der am vergangenen Sonntag bei dem Baden im Rhein ertrunkene Student aus Freiburg soll, wie der „Oberbairische Anzeiger“ berichtet, der Sohn des rumänischen Gesandten in Berlin, Vladimir Jacobsch gewesen sein.

